

Aus der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe editorialer Betrachtung.

Die Federation of Labor.

(New Yorker Volkszeitung.) Die Federation ist die stärkste Arbeiter-Organisation, die je auf amerikanischem Boden bestand. Sie umfasst heute die Hauptmasse der organisierten Arbeiterschaft unseres Landes. Und wenn sie mit ihren anderthalb Millionen Mitgliedern auch nur einen verhältnismäßig geringen Theil der gesamten Lohnarbeiterschaft der Ver. Staaten einschließt, so kommen gegen ihre Ziffern doch all die andern Gewerkschaftsverbände, die sich auf unferm Boden nebenher noch gebildet haben, nicht in geringsten auf. Man mag über die Federation denken, was man will, man wird trotzdem zugeben müssen, daß die Federation of Labor die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft unseres Landes repräsentiert, nicht nur als Masse, sondern auch in der Auffassung, die diese Massen in der Hauptsache befehlen.

Die Federation of Labor ist nicht die erste allgemeine Organisation der amerikanischen Arbeiterschaft. Schon in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts bildete sich eine nationale Vereinigung von gewerkschaftlichen Organisationen, die die ganzen Grob- und Mittelstädte der Ostküste umfaßte. Sie wurde durch die Krise von 1837 vernichtet, so sehr, daß sie für Jahrzehnte überhaupt dem Gedächtnis der Lebenden entschwand. Dann bildete sich, im Jahre 1866, auf einem Kongreß in Baltimore, eine neue Verbindung gewerkschaftlicher Organisationen unseres Landes auf nationaler Grundlagel, die National Labor Union. Sie hing noch weniger fest zusammen, als die heutige Federation. Sie konnte deshalb und wegen der geringen Entwicklung der Industrie auch nur geringe Bedeutung haben, obgleich einzelne ihrer Führer die heutigen Leiter der Federation of Labor mit Kenntniss und Können übertrugen. Bis zum Jahre 1872 hielt die National Labor Union alljährlich eine Konvention ab. Sie verlor dabei immer mehr ihren Charakter als Arbeiter-Organisation, weil sie sich mit bürgerlichen Reformpolitikern, besonders Geld-Reformern und Farmern, zu sehr lierte. Und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die spätere Abneigung zu selbständiger Politik in den Kreisen der amerikanischen Arbeiter zum Theil den schlechten Erfahrungen entspringt, die sie damals mit der bürgerlichen Reformpolitik gemacht haben.

Nach dem Verfall der National Labor Union behielt eine ganze Reihe von Geheimorden, die sich unter verschiedenen Namen bildeten, das Feld, unter ihnen der Orden der Knights of Labor, der später so große Bedeutung annahm. Unter dem Einfluß der furchtbaren Krise von 1873 verlor die Arbeiterbewegung unseres Landes nahezu jede Bedeutung. Gegen Ende der siebziger Jahre hatte man sich von den Nachwirkungen der Krise erholt. Nebenher bildeten sich wieder offene und geheime Gewerkschafts-Verbindungen. Im Jahre 1878 trat im Orden der Knights of Labor eine Spaltung ein. Der abgespaltene Theil bildete die Amalgamated Labor Union. Zusammen mit einem andern Geheimorden, den Knights of Industry, wurde von dieser Organisation ein Aufruf erlassen, der für den 2. August 1881 eine Arbeiter-Konvention nach Terre Haute, Ind., berief. Der Plan war, dort einen neuen Geheimorden der Arbeiter als Konkurrenz gegenüber den Arbeitsschritten zu gründen. Das geschah auch. Aber diese Konvention berief eine weitere Zusammenkunft von Arbeiter-Delegierten nach Pittsburg, die am 19. November 1881 stattfand. Es waren 107 Delegaten anwesend, die 262,000 organisierte Arbeiter vertraten. Und auf dieser Arbeiter-Konvention in Pittsburg kam man zu dem Beschlusse, einen nationalen Bund aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Landes ins Leben zu rufen. Dieser neue Bund wurde Federation of Organized Trades and Labor Unions of the U. S. and Canada genannt. Aus dieser Organisation hat sich die Federation of Labor entwickelt.

Die Unruhen in Mexiko.

Was anfangs nur eine Kundgebung gegen das amerikanische Ausbeutertum, die „Grietas“ übernahm zu sein schien, nimmt nun den Charakter einer Revolution gegen die Herrschaft Diaz an, der zwar in der letzten Nationalwahl seine Wiederwahlung mit großer Mehrheit unter Anwendung diktorischer Macht durchgesetzt, die Opposition aber doch nicht gänzlich zum Schweigen gebracht hat, weshalb er jetzt zur Waffengewalt greifen muß. Die Situation scheint jetzt ernst zu sein, inwieweit in den Berichten mancherlei Unbestimmtheiten mit unterlaufen mögen, so daß man an den Verhältnissen beträchtliche Wägung machen kann; immerhin hat Diaz es für gewöhnlich erachtet, persönlich einzugreifen und die Leitung der Operationen gegen die Aufständischen selbst in die Hand zu nehmen, zu welchem Zwecke er die

Telegraphenlinien zwischen Laredo nach Monterrey und Mexico City, die von der Affizierten Presse kontrolliert werden und sich seit fünfzehn Jahren in deren ungestörtem Besitz befinden, mit Beschlag belegt hat. Vielleicht auch mit der Absicht, keine Nachrichten, die seinem Interesse nachtheilig sein könnten, über die Grenze zu lassen. Es heißt auch, er könne sich nicht absetzen auf das Militär verlassen, ein ganzes in Chihuahua stehendes Regiment sei zu den Rebellen übergegangen.

Der Schauplatz der Unruhen ist in der Nähe der texanischen Grenze, die den Rebellen Gelegenheit bietet, Schuttpunkte für ihre heimlichen Expeditionen und Expeditionen zu finden, wodurch die Regierung der Ver. Staaten zu scharfer Überwachung gezwungen ist, denn selbstverständlich kann sie nicht gestatten, daß von hier aus den Unruhen gegen eine befreundete Regierung Vorschub geleistet wird, weshalb denn auch bereits eine Abtheilung Kavallerie von Fort Houston nach der Grenze abgegangen ist, auch der Gouverneur von Texas Mannschaften der berühmten Rangers aufgeboten hat, die ähnlich der texanischen bereiteten Miliz, eine der vorzüglichsten Polizeitruppen eines Staates repräsentieren. Freilich die Grenze am Rio Grande streckt sich auf weite Entfernungen und ihre Überwachung ist schwer. Als Führer des Aufstandes im Staate Chihuahua wird Francisco J. Madero genannt, ein reicher Grundbesitzer, der bei der letzten Wahl als Gegenkandidat Diaz' aufgestellt worden war, so daß die Bewegung einen parteipolitischen Anstrich gewinnt, gewissermaßen eine Vorbedeutung für die Zeit, wo es in Mexico keinen Diaz mehr gibt, der mit hartem Arm und der Macht seiner Persönlichkeit bisher imstande war, Ruhe und Ordnung in seinem Lande aufrecht zu erhalten und ihm die Segnungen friedlicher Zustände angeheben zu lassen, deren es nach den vielen vorausgegangenen Jahrzehnten der Kämpfe und Unruhen so dringend bedurfte. Doch die Opposition, anstatt sich den Normen republikanischer Regierung zu fügen und ihre Absichten auf politischem Felde auszutragen, zu den Waffen greift, ist ein schlimmes Zeichen für die Zukunft des Nachbarlandes.

Die Nachrichten von den Unruhen kamen zuerst aus Städten längs der Strecke der mexikanischen Zentralbahn im Staate Chihuahua, doch scheint der Herd des Aufstandes nicht auf diesen beschränkt zu sein, sondern weitere Verbreitung zu gewinnen, wenn sogar der Gouverneur des Staates Nuevo Leon um den Schutz von Bundesstruppen ersuchen muß und auch die Maqui-Indianer sich wieder regen. Als eigentlicher Urheber des Aufstandes wird General Reyes genannt, für den Madero nur eine Art Vertrauensmann sei. Als die Rebellion vor zwei Jahren in Chihuahua ausbrach, hieß es, Reyes, damals Gouverneur von Nuevo Leon, stehe hinter demselben, was er aber einlässlich in Abrede stellte und Diaz wiederholt seiner Loyalität versicherte. Der Präsident muß aber dem Frieden wohl nicht recht getraut, gleichzeitig aber auch seinen Einfluß gefürchtet haben, denn er schickte ihn in einer militärischen Mission ins Ausland. Reyes nahm den Auftrag pflichtschuldig an, soll sich aber jetzt auf der Heimreise befinden, wenn er nicht schon auf mexicanischem Gebiet wieder angelangt ist. Seine Popularität würde dem Diaz viel zu schaffen machen, inwieweit anzunehmen ist, daß er auch diesmal den Aufstand niederschlagen wird, um, wenn seine Kraft den Regierungsvorgängen nicht mehr genügen ist, einen Mann seiner Wahl auf den Präsidentensstuhl zu setzen.

Die „Großvaterklausel“.

Im Bundesdistriktsgericht von Maryland ist vor kurzem eine Entscheidung bezüglich der in einer Anzahl von Südstaaten, auch in Oklahoma, bestehenden Gesetze zur Entrechtung der farbigen Stimmgeber erfolgt, die die Frage von einem bisher nicht gegebenen Standpunkt behandelt. Das Bundes-Obergericht hat es scheinbar abgelehnt, sich mit den Wahlgesetzen der Staaten über die Stimmerechtigungen von deren Bürgern zu befassen; nach der vorliegenden Entscheidung wird ein Ausweichen weiterhin nicht wohl angeden. Diese betraf folgenden Fall: Drei Regier hatten sich zur Wahlregistration gemeldet und waren von den Beamten abgewiesen worden, weil einem Staatsgesetz zufolge nur solche Personen zur Wahltheilnahme zugelassen werden dürfen, die, oder deren Eltern oder Voreltern schon im Jahre 1868 das Stimmrecht besaßen, die betannte „Großvaterklausel“. In jenem Jahre aber war kein farbiger im Staate Maryland Stimmberechtigter, da das Wahlgesetz nur von weißen Bürgern wählte. Der farbige hatte am Wahltag nicht zu laßen. Nun war einer der drei Regier im Jahre 1868 bereits 21 Jahre alt, dabei mitbin das Alter eines Stimmberechtigten Bürgers erreicht; die beiden anderen Regier waren nachkommen von nicht Stimmberechtigten Schwarzen. Die Klage, die die drei gegen die Wahlbeamten erhoben, lautete dahin, daß sie auf Grund ihrer Rasse und Hautfarbe im Verhoh gegen die Bundesverfassung von der Wahltheilnahme ausgeschlossen worden seien, weshalb

sie Schadenersatz beanspruchten. Die verklagten Beamten erhoben Einsprache, indem sie erklärten, daß sie einfach ihrer Pflicht nachgekommen seien, wie das Gesetz sie vorschreibt. Richter Morris des Bundesgericht wies die Einsprache ab, weil die Regier nur ein Recht beanspruchten: hätten, das ihnen vollständig von der Verfassung und den Gesetzen der Ver. Staaten verliehen worden sei.

Das fünfzehnte Amendement, erstarrte der Richter, gebe dem Neger nicht das Stimmrecht direkt, aber es verbiete, daß gegen ihn eine Unterdrückung auf Grund seiner Rasse, Hautfarbe oder früherer Anrechtsschaft gemacht werde. Und es gelte für alle Wahlen gleich, seien es nun nationale, staatliche oder lokale. Allerdings, sagte er hinzu, steht in dem Marylander Wahlgesetz nichts von Rasse oder Hautfarbe, aber seine Absicht ist so klar ersichtlich, als ob die betreffenden Ausdrücke tatsächlich gebraucht worden wären. Und auf die Bedeutung, die Absicht und die Wirkung des Gesetzes kommt es an, und nicht auf die Wortfassung. Gesunder Menschenverstand kann die Lage nicht anders beurtheilen, als daß die Bestimmung, die Entrechtung auf Grund von Rasse, Hautfarbe oder früherer Anrechtsschaft verbietet, als oberstes Gesetz des Landes gilt und daß irgend ein Staatsgesetz, das solche Entrechtung vorschreibt, null und nichtig und von Niemandem zu befolgen ist. Und wer es durchzuführen verliucht, thut dies auf eigene Gefahr und setzt sich einer Schadenersatzklage aus, indem er ein unangiltiges Gesetz zum Nachtheil des Klägers geltend zu machen sucht. Und es ist, um die Klage zu begründen, nicht nöthig, daß böse Absicht seinerseits nachgewiesen wird.

Der Richter hat da eine praktische Unterscheidung gemacht. Er bestritt dem Staat nicht das Recht, sich Wahlgesetze zu geben, wie er es für gut befinden mag, aber läßt sie nicht als zu recht bestehend gelten, sobald sie in Widerspruch mit den Bestimmungen der Bundesverfassung geraten, die als oberstes Gesetz des Landes gilt. Er betrachtet den Neger zunächst als Bundesbürger unter dem Schutze der Verfassung, die die ihm gewährtesten Rechte garantieren muß, und darnach mag der Staat zu sehen, wie er mit seinen Wünschen und Absichten zurecht kommt. Wenn das Bundes-Obergericht diese Stellungnahme des Distriktsgerichts aufrecht erhält, werden die Väter der Großvaterklausel neue Wege finden müssen, wie sie den fünfzehnten Amendement ein Schnippen schlagen können.

Der englische Juggernaut.

Die dominierende Macht der englischen Sprache läßt sich nicht in Abrede stellen. Wo sie mit anderen in direkte alltägliche Berührung kommt, trägt sie, wenn auch nicht sofort, doch mit der Zeit den Sieg davon. Anderssprachige Elemente müssen sich ihr beugen, wovon wir hierzulande täglich Zeugen sind. Mit einer gewissen Brutalität ordnet sie sich alles unter, wie wir das bei den älteren eingewanderten Elementen ebenso beobachten können, wie bei den neuen und alternen. Der Italiener, der Spanier, so gern er sich mit seinen Landsleuten in der gewohnten Mutterprache unterhält, er kann sich der Gewalt nicht entziehen, mit der das Englische sich nach und nach in seinen Gedankentkreis drängt. Zum Theil haben wir das dem Umstande zuzuschreiben, daß das Englische — durch eine Schicksalslaune — hier Landesprache geworden ist, in der Hauptsache aber seiner Eigenart, die so verhältnismäßig geringe Ansprüche an die Gedankenarbeit des Einzelnen macht, breit ausgetretene, aber kurze Formen bietet, die, ohne besondere Ansprüche an innere Logik, dem gewöhnlichen Unterhaltungsbedürfnis sich so bequem anpassen, wie Schlafrock und Pantoffeln. Und da der Durchschnittsmensch die Bequemlichkeit liebt, kommt ihm die englische Sprache gelegen. Es war daher ganz unnötige Liebeshüte, daß seinerzeit die Propheeten vom kleinen rothen Schulhaus mit Gewalt herbeizuführen suchten, was sich im Lauf der Zeit ganz von selbst vollzogen.

Freilich, nicht jedes Sprachelement läßt sich so ohne weiteres gefallen, weil es sich des eigenen Wertes zu stolz bekennt, um sich der souveränen Nachsicht dünftelhafter Arroganz unterzuordnen. Und so finden wir denn auch in den ehemaligen Vortruppublikan, die großbritische Gewaltpolitik sich unterthan gemacht hat, als letztes Aufwachen früherer Selbstständigkeit energische Proteste gegen die Verwirklichung der ursprünglichen Vortruppsprache durch englische Unterdrückung. In Pretoria hat kürzlich der aus dem Vortruppsprache wohlbekannte General Verhoy der Entrüstung der Büren über die Unterdrückung der nationalen Sprache Ausdruck gegeben und bittere Beschwerden eingeleitet gegen die grausame Behandlung, die in dieser Beziehung den Vortruppländern zu Theil werde. Der von den Engländern geführte Feldzug gegen den Gebrauch der Vortruppsprache sei ein Beweis von Unwissenheit. Deshalb sei das Sch. 1911 zu bekämpfen, das die englische Sprache obligatorisch mache und das Dolmetscher nicht zur Geltung kommen lasse. Die Versammlung, vor der

Serhoy sprach, nahm Beschlüsse in diesem Sinne an und gab der Forderung Ausdruck, daß der zweisprachige Unterricht Gesetz für die gesamte Südafrikanische Union werde.

Auch drüben in Kanada hat sich das französische Sprachelement gegen das englische zu wehren. Nun sind zwar die beiden durch geographische Abgrenzung (infolge der ursprünglichen Besiedlung des Landes) ziemlich scharf geschieden und die Englischen haben nicht zu befürchten, daß das in Quebec gesprochene Patois ihrem Codney-Dialekt gefährlich werden könnte, und doch gefallt es ihnen nicht, daß die französischen Kanadier auf der Weidewaltung ihrer Muttersprache, neben dem Englischen, im öffentlichen Unterricht bestehen. Ein vorliegender Bericht sagt, daß die zweisprachigen Schulen von dem anglikanischen Bischof und führenden katholischen Prälaten angegriffen werden. Sie tadeln es, daß die französisch sprechenden Kanadier viel mehr an ihrer Sprache hängen als mit der Thatsache ihrer Untertanen-Zugehörigkeit zum britischen Weltreich vereinbar sei. Namentlich in Ontario wird gegen die zweisprachigen Schulen agitiert, obgleich die dort ansässigen Franzosen geltend machen, daß diese einfach ein Ding der Nothwendigkeit seien, besonders in Gegenden, wo die Kinder überhaupt keine Kenntniss vom Englischen besitzen. „Das müssen sie lernen!“ sagt selbstverständlich der Anglikaner und Anglomane und im Laufe der Zeit, — es mag noch manches Jahrzehnt nehmen — wird er Recht behalten.

Onkel Sam's Pensionäre.

Der vor kurzem veröffentlichte Jahresbericht des Pensionskommissars James D.avenport für das am 30. Juni zum Abschluß gelangte Fiskaljahr ist insofern beachtenswerth, weil man danach berechnen kann, wie hoch die jährliche Pensionssumme sich belaufen würde, falls das auf dem heutigen „Feldlager“ der „Grand Army of the Republic“ geäußerte Verlangen, Festsetzung der Pension auf \$1 den Tag anzuführen, verwirklicht werden sollte. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß 45 Jahre nach dem Bürgerkrieg noch immer 602,180 Soldaten und Seelente Pension beziehen; außerdem 318,461 Witwen und Abhänglinge, sowie 442 Krankenwärterinnen. Die Gesamtsumme der im verfloffenen Fiskaljahre ausgezahlten Pensionen betrug \$158,332,392. — eine Summe, die nur dreimal in den jährlichen Pensionzahlungen übertroffen wurde und die nur um vier Millionen hinter der vorjährigen zurückblieb, obgleich die Zahl der Pensionäre um 25,111 sich vermindert hatte.

Der jährliche Durchschnittsbetrag der Pension ist \$171.90, gegen \$138.18 in 1906; er stieg um nur \$2.08 gegen das Vorjahr, aber durch diese Zugabe wurde die Gesamtsumme um \$1,915,853 erhöht. Die größeren Zahlungen wurden durch Gewährung höherer Pensionsraten und durch Bewilligung von 3015 Spezial-Pensionsgesuchen seitens des Kongresses verursacht. Wie die jährliche Pensionssumme answachsen würde, wenn jeder der 483,000 Pensionäre des Bürgerkrieges \$1 den Tag statt \$171.90 jährlich erhielt, kann jeder selbst berechnen. Die Zahl der Witwen von Soldaten des Bürgerkrieges hat sich im verfloffenen Jahre um 9045 vermehrt, trotzdem von den 211,781, die noch im Vorjahre Pension bezogen für die vor 45 Jahren von ihren Gatten geleisteten Kriegsdienste, viele aus dem Leben geschieden sind.

Es wird manchen überfallen, zu vernehmen, daß jetzt bereits infolge unseres kurzen Krieges mit Spanien und infolge der Philippinen-Empörung nicht weniger als 27,889 Namen auf der Pensionsliste stehen. Die Bundesarmee zählte im Anfange des Jahres 1898 etwa 27,000 Mann. General Shaffers Streitmacht vor Santiago war nicht über 18,000 Mann stark. Und jetzt, zwölf Jahre nach diesem kurzen Feldzuge, verzeichnet die Pensionsliste dieses Krieges 22,783 invalide Soldaten, 1183 Witwen, 330 uneheliche Kinder, 3072 Soldatenmütter, 512 Soldatenväter, 7 Brüder und Schwestern und 2 hirtlose Kinder.

Jeder Krieg, den die Ver. Staaten geführt haben, ist auf den Pensionslisten vertreten, denn noch immer lebt eine Tochter der Revolution, die 80jährige Pflanze M. Palmeter in Brookfield, N. Y. 338 Witwen kommen auf Rechnung des Krieges vor 1812. Von dem Kriege mit Mexico vor 62 Jahren beendet wurde, sind noch 2042 Teilnehmer und 6359 Witwen am Leben. Falls die Ueberlebenden aus dem Kriege mit Mexico ebenso langlebige sind wie die aus dem zweiten Kriege mit England, wird man ihnen noch in 1941 Pension zu zahlen haben und den Ueberlebenden aus dem Kriege mit Spanien noch in 1991.

Zum Juni waren 47,295 weitere Pensionsgesuche noch nicht erledigt, darunter 9135 infolge des spanischen Krieges. Ein willkürlicher Kongreß wird wohl die Mehrzahl dieser Gesuche bewilligen.

Ueber die Gründe des Sinkens der Reichthümer sich klar zu werden, ist für niemand schwerer, als für jene, die nichts davon wissen.

Henry's Platz.

Henry Grohmann, Eigenthümer.

Liefere Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Getränke und Cigarren. Das berühmte Storz Bier stets an Zapf. Es bittet freundlichst um geneigten Zuspruch Henry Grohmann.

Edward Renard, Präsident.
E. S. Mason, Kassirer.

F. S. Graham, Vize-Präsident.
G. F. Friedrichs, Ass. Kassirer.

Citizens State Bank.

Kapital \$20,000.00 • Ueberschuß \$15,000.00

Ist ausschließlich von Knox County Leuten geeignet und betrieben.

Kann irgend etwas im Bankwesen verrichten. Machet hier den Versuch.

Wir machen Farm-Anleihen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

Saunders-Westrand Co.

früher Westrand & Sons Elevator.

Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und ersucht den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebots auf seine Verkaufsprodukte zu machen.

Wick. Paper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,

Deutscher Land-Agent.

Ich kaufe und verkaufe Land in Nebraska, Nord- und Süd-Dakota und der San-Juan-Region, Texas. Lasset mich eure Farmen zum Verkauf übernehmen.

Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.

Schreibt vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fache wünscht.

Martin C. Peters.

Bloomfield, Knox County, Nebraska.

C. R. Sumner

hat von Isaac Dowty
die

City Dray Line

erworben und empfiehlt dem Publikum als Fuhrmann.

Drei Wagen stets bereit, Eure Wünsche zu besorgen.

C. R. Sumner.

Bloomfield Germania

ist unter dem Deuschthum Knox Countys wohl verbreitet und lohnt es sich, dieses Wochenblatt für Anzeigen zu benutzen.

Accidenz-Arbeiten

werden prompt und geschmackvoll ausgeführt. Man adressire

Die Germania, Bloomfield, Nebr.

Achtung, Farmer!

Die vorzüglichsten Produkte der Columbia Hog & Cattle Feeder Co. sind bei mir vorräthig. Nehm dem bewährten Mittel für die Verbeugung von Viehkrankheiten — verkaufe ich auch das „Tip“ sehr billig.

Tiefe Produkte sind auch in Joh. Grohmann's Saloon vorräthig.

Henry Dohnholt.

4 Weilen nördlich und 3 Weilen westlich von Bloomfield.

The City Meat Market

Ludw. Volpp, Eigenthümer

Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Schinken, Geflügel, Kautern, frische und geschaltete Fische und viele andere Ausbeuten, welche eine Mahlzeit vollkommen machen.